

# ROTER HAHN

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

AUSGABE 74

JUNI 2019



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen waren ernüchternd. Die AfD wurde in Sachsen stärkste Partei - warum auch immer, denn mit ihren inhaltlichen Positionen oder dem personellen Angebot kann das definitiv nichts zu tun haben. Dennoch müssen alle demokratischen Parteien dies als Warnsignal ernst nehmen und ihre eigene Politik und öffentliche Wahrnehmung hinterfragen. Das gilt auch für DIE LINKE. Das bundesweite Europa-Ergebnis von 5,5 Prozent kann und darf niemanden zufriedenstellen. Wir haben es nicht

geschafft, den offenkundig vorhandenen Unmut über die herrschende Politik in unsere Richtung zu lenken. Eine zerstrittene Partei ist für Wählerinnen und Wähler eben nicht attraktiv. Die Folgen auf kommunaler Ebene sind weitreichend: Wir haben viele Mandate in den Kreistagen sowie den Stadt- bzw. Gemeinderäten und damit auch an Einfluss für die kommenden Jahre verloren. Da ist es wirklich kein Trost, dass ich persönlich mit einem sehr guten Ergebnis in den Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wiedergewählt worden bin. Gleichwohl danke ich allen, die uns unterstützt haben.

Am 1. September wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt, der über die Geschicke des Landes in den nächsten fünf Jahren entscheiden wird. Dass möglichst viele Menschen dabei DIE LINKE stärken, wünscht sich

Ihr/Euer

## Klare Kante gegen die Gefahr von rechts

Am 7. Juni stand auf Antrag der AfD deren Große Anfrage „Vermeintliche ‚Hetzjagden‘ in Chemnitz am 26. August 2018“ im Plenum auf der Tagesordnung.

[André Hahn](#) warf der AfD vor, mit einem grotesken Streit um das Wort „Hetzjagd“ den Blick auf das Wesentliche verschleiern zu wollen. Sie verdrehe Tatsachen, um die gewalttätigen und rassistischen Übergriffe im vergangenen Jahr in Chemnitz zu verharmlosen. Begleitet von wütenden Zwischenrufen aus den Reihen der AfD betonte André Hahn, dass das tragische Ereignis dieses Abends in den darauffolgenden Tagen in beispielloser Weise von AfD, Pegida und weiteren rechtsextremen Parteien und Gruppierungen für sogenannte Trauermärsche instrumentalisiert wurde, die am Ende in Hetzjagden gegen Migrantinnen und Migranten mündeten. Hahn: „Für uns als Linke ist klar: Rassismus bekämpft man nicht dadurch, dass man Rassisten nach dem Mund redet. Rassismus bekämpft man, indem man klare Kante gegen die Gefahr von rechts zeigt.“

Sein Fazit: „Mit der AfD sitzt inzwischen eine Partei im Bundestag, die mit rassistischen Äußerungen, mit nationalistischen und geschichtsrelativierenden Aussagen provoziert und versucht, die Grenzen dessen, was in diesem Land gesagt und getan werden kann, Stück für Stück nach rechts zu verschieben. All das zeigt: Die AfD ist zu einer Bedrohung für den inneren Frieden in unserem Land geworden.“

## TERMINE MIT ANDRÉ HAHN (AUSWAHL)

\*

**14.06., 17:00 Uhr**  
Teilnahme an der Landes-  
vorstandssitzung der  
sächsischen LINKEN  
Dresden

\*

**17.06.**  
Auswärtige Sitzung des  
Sportausschusses des  
Bundestages in Hamburg

\*

**18./19.06.**  
Kontrollbesuch des PKGr  
in München und Gablingen

\*

**20.–23.06.**  
Teilnahme an den  
2. European Games  
Minsk

\*

**24.–28.06.**  
Sitzungswoche im  
Deutschen Bundestag

\*

**25.06., 18:00 Uhr**  
Spiel des FC Bundestages  
gegen eine Mannschaft aus  
Geflüchteten  
Jahnsportpark, Berlin

\*

**29.06.**  
Pokal-Finalsiege des Kreis-  
verbandes Fußball Sächs.  
Schweiz-Osterzgebirge  
Sportplatz SG Empor,  
Possendorf

\*

**01.07., 15:30–17:00 Uhr**  
Bürgersprechstunde  
(Vorankündigung erwünscht)  
Wahlkreisbüro Pirna

\*

**01.07., 17:30 Uhr**  
Öffentliche Gesamt-  
Mitgliederversammlung  
des Stadtverbandes der  
LINKEN Pirna

aktiv Sportzentrum Pirna,  
Rottwerndorfer Str. 56b

\*

**02.07.–06.07.**  
Teilnahme an der 30.  
Sommer-Universiade  
Neapel, Italien

## Bund zahlt für die Grabpflege von KZ-Kommandanten und Kriegsverbrechern

Auf Grundlage des Kriegsgräbergesetzes von 1952 werden seit Jahrzehnten – und wenn es nach der Bundesregierung geht, auch bis in alle Ewigkeit – mit öffentlichen Geldern Gräber von Personen gepflegt, die an schlimmsten Verbrechen der NS-Zeit beteiligt waren. Dies wurde durch einer Kleinen Anfrage der LINKEN „Öffentlich finanzierte Grabpflege für KZ-Kommandanten und Kriegsverbrecher“ (Drucksache [19/10407](#)) deutlich. Das ist aus Sicht von André Hahn zynisch und kommt einer Verhöhnung der Opfer der Nazi Herrschaft gleich. Deswegen fordert er, das Gräbergesetz dringend zu modifizieren, damit NS-Massenmörder nicht als ‚Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft‘ gelten und ihre Gräber mit Steuergeldern erhalten werden.

## Solidarische Einwanderungspolitik statt Auslese nach Nützlichkeit

Sieben Gesetze zur Migrations- und Asylpolitik peitschte die Koalition innerhalb einer Sitzungswoche durch den Bundestag. Am Montag (3. Juni) gab es hintereinander fünf kurzfristig angesetzte Anhörungen, am Mittwoch dann die Abstimmungen in den Fachausschüssen und am Freitag die abschließenden Beratungen im Plenum.

Zum sogenannten Fachkräfteeinwanderungsgesetz sprach [André Hahn](#). Aus Sicht der LINKEN wird die Zuwanderung nach Deutschland nach Kriterien der ökonomischen Verwertbarkeit ausgerichtet: Wer nützlich ist, darf kommen. Alle anderen müssen draußen bleiben. Auf die eigentlichen Probleme und Baustellen der Einwanderungspolitik, die ganz woanders liegen, geht der Gesetzentwurf mit keinem Wort ein. Die schikanösen Regelungen zum Familiennachzug etwa sollen unverändert bestehen bleiben. Die seit 2006 geltenden Anforderungen für Sprachkenntnisse von Personen, die nachziehen wollen, sind diskriminierend und benachteiligen vor allem sozial Schwache, die keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen haben.

Was wir dagegen brauchen – so André Hahn – ist eine soziale Migrationspolitik nach menschenrechtlichen Maßstäben, und sie muss mit Maßnahmen einhergehen, die eine gesellschaftliche Teilhabe von Eingewanderten frei von Diskriminierungen ermöglichen.

## Zu Besuch im Bundestag

Eine spannende Plenardebatte und das anschließende Gespräch mit dem Abgeordneten André Hahn waren die Höhepunkte der zweitägigen Fahrt einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in das politische Berlin am 6./7. Juni 2019.



## IN KÜRZE

Bei der nächsten Volkszählung 2021 sollen zahlreiche private Informationen abgefragt werden, die für die staatliche Aufgabenerfüllung nicht erforderlich sind. Die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung werden nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Der Fragenkatalog muss daher dringend überarbeitet werden, forderte André Hahn in seiner [Bundestagsrede](#) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Zensusgesetz 2021 am 6. Juni 2019.

\*

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen müssen Bund, Länder und Kommunen mit größerer Entschlossenheit zusammenarbeiten, wenn Deutschlands Verwaltung nicht bald das digitale Schlusslicht in Europa sein soll. Der Bund muss endlich geeignetes Personal rekrutieren, anstatt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wieder nur die Beraterwirtschaft zu subventionieren, betonte André Hahn in seiner [Bundestagsrede](#) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Ersten IT-Änderungsstaatsvertrag am 6. Juni 2019.

\*

Die mutmaßliche Beteiligung des BND an illegalen Waffentransporten nach Myanmar, in den Südsudan und Nordsudan, in den Jemen und in den Kongo war Gegenstand einer Kleinen Anfrage der LINKEN. Hier geht es zur Antwort der Bundesregierung ([Drs. 19/10141](#)).

André Hahn  
bei Facebook



## Impressum/Kontakt

**Büro Dr. André Hahn, MdB**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 75777  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:**  
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna  
Tel.: 03501 5710090  
E-Mail:  
[andre.hahn.ma03@bundestag.de](mailto:andre.hahn.ma03@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Meißen:**  
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen  
E-Mail: [andre.hahn@bundestag.de](mailto:andre.hahn@bundestag.de)

**Redaktionsschluss: 13.06.2019**  
Redaktion: André Nowak